

# Sächsische Volkszeitung

Deutschland: Wochentaglich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Briefz. Beilage 10.00 M.  
Ausgabe B 8.45 M. In Dresden und ganz Sachsen frei Haus Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. —  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Werktagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Ringzeitung: Ausgabe vom Freitagabend 10 bis 12 Uhr, von Samstagmorgen 10 bis 12 Uhr herum. — Preis für die  
Sachspalte 1.40 M. im Reformat 2.50 M. Samstagmorgen 2.80 M. — Für unbedeutlich geschriebene, sowie durch  
Sprechstunde aufgegebene Anzeigen können nur die Werksamkeit des Tages nicht übernehmen

## Unsere Vorschläge für Spaas

Von unserem Berliner Vertreter

In der Stunde, da diese Zeilen unseres Vertrags zu Gesicht kommen, hat das große Ringen in Spaas um die Existenz Deutschlands und des deutschen Volkes bereits begonnen. Unsere Vertreter sind nicht unvorbereitet in Spaas erschienen. Aus frischen politischen Gründen hat man bisher der Öffentlichkeit noch keine Kenntnis geben können von den Deutschen, welche die deutsche Regierung in Paris der Entente hat überreichen lassen. Die Deutschen sind auch Vorschläge für die Ausführung des Friedensvertrags in seinen wichtigsten Bestimmungen enthalten. Der weitere ist der Entente auf diesem Wege eine genaue Schadenberechnung nach unseren eigenen Ermittlungen vorgelegt worden. Die Schäden in Frankreich werden mit etwas über 7 Milliarden, die in Belgien mit 580 Millionen Mark bestimmt. Zwischen den deutschen und der Ententeberechnung lässt eine bedeutsame Differenz, und man wird die Beratungen in Spaas abwarten müssen, um ein Bild und Urteil über die Entstehung und die Berechtigung des Unterschieds zu erhalten. Dass aber die Entschließung nicht stimmen kann, geht schon daraus hervor, dass beispielweise die für Belgien berechneten Schäden eine Summe ausmachen, die höher ist, als das gesamte belgische Vermögen an Grund und Boden vor dem Kriege war. Außerdem wird man fordern müssen, dass billigerweise auch der gesamte Nachschlag, also alles, was das deutsche Volk bei dem überreichten Beitrag im Oktober 1918 an Kriegsmaterial wie an Ausrüstungs- und sonstigen Gegenständen zurückgelassen hat, uns angeteilt wird. Es handelt sich dabei um eine Summe von annähernd zwei Milliarden Mark und zwar nach damaligem Geldwerte. Zum heutigen Kursstand berechnet, würde die Summe um das vier bis fünffache höher sein.

In den deutschen Vorschlägen für Spaas ist zum Ausdruck gebracht, dass das Angebot der deutschen Friedensdelegation zu Versailles vom 29. Mai 1919 heute nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Damals wollte sich Deutschland zu Zahlungen bis zum Höchstbetrag von 100 Milliarden Gold verpflichtet. Das geschah aber unter folgenden Voraussetzungen: Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und das Saargebiet müssen Deutschland erhalten, auf die Nachförderung der Handelsstädte muss verzichtet werden und es darf keine Okkupation deutscher Gebiete stattfinden. Außerdem müssen die Kolonien als Mandat des Völkerbundes befreit werden. Von diesen Voraussetzungen ist tatsächlich keine einzige erfüllt worden. Unter diesen Umständen ist die Aufrechterhaltung dieses Angebots gar nicht mehr möglich. Unter Vollverzichten ist schon vor dem Kriege bedeutend überschärkt worden. Es war vielfach auf 300—350 Milliarden begossen worden, die Veranlagung zum Wehrbeitrag hat aber eine Schärfung von höchstens 220 Milliarden Goldmark ergeben. Infolge des Verlustes der Kolonien, der Liquidationen deutscher Unternehmungen im Auslande und der zerstörten Wirkungen des Krieges, wie des Kriegsverlustes ist dieses Vermögen mindestens um die Hälfte reduziert worden. Es muss ja auch beachtet werden, dass wir unsere Handelsstädte verloren haben und dass alle unsere Auslandsguthaben unserer Verfolgung entzogen sind. Es muss weiter in Betracht gezogen werden, dass wir durch den Friedensvertrag die kriegerische und sicherste Grundlage der deutschen Industrie, die Eisen und Erze, eingegangen sind. Darum erfordern die deutschen Vorschläge die Erhaltung Oberschlesiens für die unerlässliche Voraussetzung jeder Wiedergutmachungsverpflichtung Deutschlands. Sollten wir auch noch Oberschlesien verlieren, dann wäre Deutschland noch weitere 18 Millionen Tonnen Kohlen pro Jahr verloren. Begin 1918 ist aber die deutsche Kohlenproduktion im Jahre 1919 auf 108 Millionen Tonnen oder 57 Prozent der früheren Förderung gestiegen. Als eine Folge dieser geringen Kohlenanbiete in Verbindung mit den gewaltigen Pflichtlieferungen an Kohle für Frankreich ist ja auch die Herabsetzung unseres Verbrauchs und die nachgerade katastrophal werdende Sichtung unserer industriellen Produktion zu erwarten. In den deutschen Vorschlägen wird ausdrücklich erklärt, dass durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts die trügerische Lage des deutschen Finanzwesens nicht gerettet werden kann. Da ganz gewaltige Mengen von Kriegsanlagen in allen Schichten des Volkes sich unter den Minderbemittelten sich befinden, würde ein Staatsbankrott nichts anderes als soziale Anarchie bedeuten.

Nur dann kann eine Wiedergutmachung in Betracht kommen, und auch zum Nutzen für Frankreich selber werden, wenn Deutschland die Möglichkeiten befreien werden, obige diesbezüglichen Wirtschaftsschäden zu verfügen, die ihm ein produktives Schaffen und Ruhe und Stärke in der Produktion ermöglichen. Dazu ist es aber notwendig, dass der Friedensvertrag von Versailles auf eine andere Basis gestellt wird. Wenn der Geist von Spaas kein anderes sein und werden sollte, als der von Versailles, dann wäre alle Mühe vergebens. Das erste Befreider ist die Revision des Versailles-Friedensvertrages zu allen den Punkten, die nun einmal unvereinbar sind. Zum zweiten muss der Verfasser Vertrag in all den Bestimmungen einer Rendition unterzogen werden, welche im Grunde nichts anderes als eine soziale

gesetzliche Drohung mit Zwangsmahzregeln bedeuten. Diese setzt Unfreiheit, die wegen dieser Klausuren aber allem, was wir tun und lassen, schweigt, muss von uns genommen werden. Wie kann man von uns energetisches Schaffen und Erhaltung einer frischen Initiative verlangen, wenn wir heute nicht wissen, was morgen sein wird, wenn wir heute nicht sicher sind, ob nicht morgen weitere deutsche Landstreiten unter feindlichem Wasserdurchfahrt stehen und wenn wir heute nicht wissen, ob wir nicht morgen die Freiheit unserer Wünsche und Arbeiten wieder verloren haben. Wo soll Mut und Arbeitsfreude herkommen, wenn über diese Dinge nicht völlig verpflichtende Klarheit besteht. Die Kosten, die wir auf uns nehmen müssen sind ohnehin schon ungemein. In den Deutschen führt die deutsche Regierung beispielweise aus, dass bei einer Belastung von „nur“ 10 Milliarden Gold durch den Friedensvertrag ein Haushalt von vier Köpfen etwa 40 000 Mark schwere, zu sechs Prozent berechnet, macht das pro Jahr 240 M. aus. Da man aber auch noch pro Jahr 30 Millionen Mark an Steuern aufzubringen sind, so würde ein vierzigjähriger Durchschnitt nicht weniger als 4800 M. pro Jahr Steuern und Friedensbeitragslasten aufzubringen haben. Im Jahre 1918 hatten aber nicht weniger als 81 Prozent aller preußischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 30 000 M. Während 1918 jährlich etwas über 4000 Millionen Mark an Steuern aufzubringen waren, sind 1920 über 30 000 Millionen Steuern aufzubringen, und zu dieser Summe treten noch etwa 7000 Millionen für die Bedürfnisse der Länder und Gemeinden.

Bei dieser Sichtlage ergibt sich, dass Deutschland nur auf Grund eines organisierten Systems von Abteilungs- und Finanzorganisation in Stand gebracht werden könnte, eine ihm auferlegte Wiedergutmachungsverpflichtung zu erfüllen.

Das alles sind Tatsozien, deren hartem Wirk nicht bloß in unterworfen sein werden, sondern an alle Völker, auf die die Lasten des Krieges drücken, die einen mehr die anderen weniger, so lange, bis der heutige Kapitalismus infolge des Krieges einem Realvermögen Platz gemacht hat, das tatsächlich eine beschäftigte Lebenshaltung wieder gestattet. — So bewirkt denn auch das Manifest der Entente von diesem Frühjahr über die wirtschaftliche Lage Europas: „Private Sparfamilie ist aber nicht weniger notwendig als Sparfamilie in Regierungsbürokraten.“ Nur durch eine beschäftigte Lebensweise aller Klassen der Bevölkerung kann das Kapital erspart werden, das zur Haltung der Krisenschäden, zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der Industrie dringend notwendig ist, von der die künftige Warenversorgung abhängt. Es ist von allerhöchster Wichtigkeit, dass jeder Bürger in jedem Staate einfält, dass ebenso wie er im Kriege seine privaten Sparmaßnahmen der Regierung zur Verfügung stellt, so auch in der Zeit der Wiederherstellung nur seine persönliche Sparfähigkeit die Kosten der Lebensnotwendigkeiten für ihn und seine Mitbürger erniedrigt und Kapital freimacht, um die Leistungsfähigkeit seines Landes zu erhöhen.

Heute aber machen wir es aber wenigstens ein Teil von uns noch umgedreht: wir arbeiten noch weniger wie vor dem Kriege und weisen die Überzeugung an die Notwendigkeit eines Wiederbeschaffens als lästige und unangenehme Summung zurück. Das muss bald anders werden. Alle Bürger müssen sich an dem Wiederaufbau beteiligen, wenn das Staatschiff auf die Dauer nicht stranden soll. Höchste Zeit ist es!

## Bauernstand und Kriegsgewinnbesteuerung

Durch den Krieg ist das Vermögen der Bevölkerung im allgemeinen gewachsen, während zu gleicher Zeit eine große Verarmung an Sachgütern eingetreten ist. Es ist selbstverständlich, dass bei der gewaltigen Steigerung des Reiches der Kriegsergebnis als reiche und wichtige Quelle der Besteuerung herangezogen werden müsste. Werde man aber jeglichen Vermögensaufschwung, der während des Krieges eingetreten ist, einfach hinweggesteuert haben, so wäre dies eine außerordentliche Lücke gewesen für alle jene Versteuerungsteile, die durch Arbeitsamt und Sparfamilie ihr Vermögen während des Krieges in möglichster Weise vermehrt konnten. Nicht genügt weiter dadurch die Bauernstand angesprochenen schwer getroffenen, weil beim Wiederaufbau unserer Produktion weitestgehend andere Kapitalsummen notwendig sind als in jüngerer Zeit. Bei den armen Steuern ist deshalb auf die Landwirtschaft in besonderer Weise Rücksicht genommen worden. Der Kriegsgewinn wird durch zwei Steuern erfasst, durch die außerordentliche Kriegsschäden für das Jahr 1919 und durch die Besteuerung des Vermögenszuwachses, der bis zum 30. Juni 1919 eingetreten ist. Bei der ersten Steuer wird das Mehrerlösen, das jemand im Jahre 1919 versteuert hat gegenüber dem letzten Jahreserlösen von der Kriegserlösebesteuerung erfasst. Wer aber nicht mehr als 13 000 Mark Einkommen im Jahre 1919 zu versteuern hatte, bleibt von dieser Kriegserlösebesteuerung überhaupt frei. Es wird wohl meiste häusliche Betriebe geben, deren Einkommen im Jahre 1918 über 13 000 Mark betrug. Seitdem dies doch der Fall ist, kann es sich nur um großbäuerliche Betriebe handeln. Aber auch hier, deren Einkommen im sogenannten Jahre mehr als 13 000 Mark betrugen hat, sind verhältnismäßig niedrig von der Steuer erfasst. Das Bettelwirtwohnhaus eines Bauern, der 200 Meter Land befreit, in Kleiderstücken ein Einkommen von 10 000 Mark bezogen und war dieses Einkommen im Jahre 1918 auf 20 000 Mark angestiegen, so kommt er von den ersten 3000 Mark des Mehrerlösen ab. Darauf hat er nur Schädigung der Produktion und der Arbeitseffekt aus dieser Schwierigkeit helfen. Wenn wir nicht so viel produzieren, wie wir verbrauchen, wenn der Auszug nicht auf ein Minimum reduziert wird, wenn es nicht möglich ist, die Auszugproduktion statt nach innen nach außen zu lenken, um dafür Gegenwart noch Deutschland heranzubringen, dann wird die Rettung des deutschen Volkes in unzählig viele Formen geraten.

Den Auszugsverbrauch und auch den unzähligen verschwundenen Verbrauch einzudämmen, dürfte eine entsprechende Steuerpolitik das geeignete Mittel sein. Zur Abgrenzung werden wir alle lohnen, auf das äußerste sparen und bei verhältnismäßig knapper Einkommen ein bescheidenes Tascheinhalten müssen. Für welche Stelle wird eine solche Beschränkung des Verbrauchs ein hartes Opfer bedeuten. Um so härter wird man denken müssen, welche die Notwendigkeit einer solchen Einschränkung nicht überleben zu brauchen glauben, auf andere Weise bekannt zu müssen; wir werden uns auf lange Dauer zu einer wesentlich einschränkenderen Lebenshaltung und Lebensweise bequemen müssen, als wie wir sie vor dem Kriege gewohnt waren. Wir geben uns einer großen Selbstabstülpung hin, wenn wir glauben, die Zustände aus der Zeit des Vorabgust 1914 würden sobald wiederkehren. Nur die Einsicht, dass wir die Erinnerung an die Zeit vor dem Kriege wie ein entzündenes Stück hinter uns lassen müssen, kann uns wieder den Weg aufwärts führen, wozu hingegen ein Vertrauen bei den Gedanken und der Erinnerung an die alten Zustände, als Zuständen derselben den Weg zur Wiederaufzucht und Gesundung verbaut. Wir müssen uns mit der Notwendigkeit vertraut machen, dass wie in Zukunft ein gut Stück weniger verbrauchen, und dafür ein Doppelpack mehr arbeiten

Wahl ist auch von besonderer Wichtigkeit, dass auch bei der Besteuerung des Vermögens den Bedürfnissen der Landwirtschaft in weitestgehendem Maße entsprochen werden ist. Die heutigen Güterwerte sind außerordentlich viel höher als vor dem Kriege. Da man aber nicht weiß, wie in der Zukunft der Wert der Güterteile sein wird, so würde es eine starke Belastung des Bauernstandes bedeuten, wenn man den Verlustwert für die Vermögensaufschwung zu grunde gelegt hätte. Es darf bestrebt werden, die Güterwerte als Wert der Güter, der Gebäude und des Inventars geschätzt werden. Als Einstellungswerten gelten aber nach den Gesetzen so weit keine Bewertungen erlaubt sind, die Summen, die beim Wehrbeitrag angegeben waren, verhindern um die Wehrdage um welche eine Wertminderung eintreten ist, und vermehrt um die Aufwendungen, die zu Vermögensvermehrungen gemacht werden sind. Wenn also jemand noch daselbst Grundbesitz und derselbe Inventarwerte hätte wie bei der Wehrbeitrag, so braucht er bloß den Wert des Wehrbeitrages ein-

aussehen. Ist das Inventar geringer geworden hinsichtlich seines Wertes, so darf die Verminderung des Inventarmutes bei der Vermögenssteuerung vom Wehrbeitragsanteile abgezogen werden, allerdings können dabei natürlich nicht die Preise abgesetzt werden, die heute zum Beispiel für ein Werk zu zahlen sind; sonst könnte es geschehen, dass jemand, dessen Viehhofland sich auf Drittel der Kriegszeit zu vermindert hat, technisch überhaupt kein Vermögen mehr ausweisen hätte, obwohl er noch seinen ganzen Grundbesitz und den letzten Teil des Viehhoflands sein zieht. Die Abgaben müssten sich also richten nach dem Wert, welche die betreffenden Viehhöfe vor dem Kriege gehabt hatten. Daraufhin aber bedeutet diese Bestimmung für die Bauern nicht eine außerordentliche Erleichterung. Sie müssten Bauern werden ganz andere Kostentwicklungen erwartet haben, als von ihnen demokratisch gesagt werden müssen.

## Aus dem Reichstage

Aus der Tagessitzung der Montagsession des Reichstages steht die Interpellation des Abg. Erkelenz (Dem.), Trimbach (Cent.) und Dr. Stresemann (D. Volk.) und Stroessner betreffend die Brüderförderung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Am Nachmittag hiermit wird die Interpellation des Abg. Henke (NSP.) und Gruson, betreffend die fortgeschreite Steigerung der Lebensmittelpreise beraten. Der Abg. Erkelenz (Dem.) begründet seine Interpellation. Auf dem Tisch des Hauses sind verschiedene Prothesen ausgelegt. Es führt aus, dass nach ärztlichen Gutachten das Werk nicht nur minderwertig, sondern geradezu gefährlich schädlich sei, weil es aus Strohballen aller Art besteht. Eine Folge davon ist, dass das Arbeitswillen und der Arbeitsfähigkeit, besonders der Bergarbeiter. Selbst schwere Einschränkungen würden durch dieses schlechte Werk hervorgerufen. Dr. Heribert von den unabhängigen Sozialdemokraten beginnt den Antrag Henke. Die breiten Massen seien nicht mehr imstande, mit ihren langen Beziehungen die teuren Nahrungsmitte zu kaufen. Die drohende Brotpreissteigerung habe durchbare Erregung ausgelöst. Es wünscht den Abbau der Brotpreise. Der Regierungsdirektor, Staatssekretär Hugo, beantwortet die Interpellation. Er versucht, dass zur Milderung der Erhöhung der Lebensmittel jedes brauchbare Mittel angewandt werden wird. In einer einzigen Herabsetzung der Lebensmittelpreise könne jedoch nicht reagieren werden. Zur Bekämpfung des Lebensmittelproblems soll eine Reichskriminalpolizei geschaffen werden. Auf den Antrag des Abg. Kurlak (Cent.) erfolgt die Befürchtung der Interpellationen. Die Unabhängigen haben hierzu einen Antrag eingebracht. Der Reichstag möglicherweise beschließen, dass die Behandlung der den Gegenstand der Interpellationen bildenden Fragen durch die Regierung den Ausschüssen des Reichstages nicht entfallen. Die Herren Unabhängigen wollen also auf die Welle gegen die Reichsregierung ein Misstrauensvotum erwerben. Sie wollen feststellen. Das dies ihr eigenes Element ist, das müssten möglich alle schon längst begriffen haben.

## Spaa

### Nie erste Sitzung

Spaa, 5. Juli. Die erste Besprechung der Konferenz fand heute vormittag 11 Uhr im Schlosse de la Freinenre unter dem Vorste des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix statt. An der Konferenz nahmen teil von belgischer Seite: Ministerpräsident Delacroix, der Minister des Äußeren, Huyans und der Minister des Innern, Léon, von englischer Seite Premierminister Lloyd George, Staatssekretär des Neuen Lord Curzon und Sir C. Worthington-Evans, von französischer Seite Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marcellin und der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer, von polnischer Seite der Minister des Neuen Graf Sforza und Bertrand, von jugoslawischer Seite der Vertreter in London Graf Chinda, von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, der Minister des Neuen Dr. Simons, der Finanzminister Dr. Wirth und der Erziehungsmiester Dr. Hermann.

Sofort nach Eintreffen der deutschen Delegierten, denen an der linken Seite des in Rundform angestellten Tisches Blätter stehen, die Japanen angedeutet worden waren, wurde ohne formelle Prüfung in die Verhandlung eingetreten und zunächst die Tagesordnung festgelegt, welche die folgenden Punkte umfassen soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, die Frage der Wiederanmachungen, die Kohlenfrage, die Frage der Durchführung der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher und die Danziger Frage.

Reichskanzler Fehrenbach erklärte hierauf, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen kontrollorischer Verbündungen Ausdruck gegeben hatte, dass es der feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen Deutschen Reiches sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Verhandlung der militärischen Frage würde allerdings die Ausweitung des Reichswehrministers Gehlert und des Generals von Seckt notwendig sein, die als man gesehen von den bevorstehenden Erörterungen der

militärischen erlaubt habe, sofort herbeigeheten werden sollen, aber nicht vor morgen nachmittag eintreffen könnten.

Die Konferenz beschloss, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob vielleicht zur Befreiung der Frage der Bestrafungen die Ausweitung des Reichswehrministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, dass sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Vorsitzende und der französische Justizminister erscheinen. Nachdem der Reichskanzler Fehrenbach darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der deutsche Justizminister gleichzeitig Vorsitzender sei und, da der Reichstag jetzt tags, die gleichzeitige längere Abwesenheit des Reichskanzlers und des Vorsitzenden zu Unmöglichkeiten führen würde, beschloss die Konferenz, die Frage der Bestrafung bereits am Donnerstag zu besprechen.

Die Konferenz vertrat sich darauf.

### Neuerungen Dr. Simons

Spaa, 5. Juli. Außenminister Dr. Simons erklärte gesprächsweise, dass man annimme, dass auf der Gegenseite erste Ansicht bestünde, in fachliche Verhandlung einzutreten und dass die Alliierten deshalb zunächst die militärischen Schwierigkeiten aus der Welt schaffen wollten. Die Bereitwilligkeit der Alliierten in anderen Fragen, so sagte er, wird offenbar von der Erledigung des militärischen Problems abhängig gemacht. Die führenden deutschen Persönlichkeiten sind dann auch entschlossen, soweit es die Verhältnisse gestatten, in der militärischen Frage Zugeständnisse zu machen. Das ganze Problem wird als ernst, aber nicht hoffnungslos betrachtet. Es wird sich darum handeln, dass der gegenwärtige militärische Form irgend ein anderes Mittel für den Schutz des deutschen Wirtschaftslebens zu finden. Die Entschädigungsfrage wird wahrscheinlich von der Konferenz nur in Form offizieller Vorschläge besprochen werden, da bereits am Donnerstag der vierte Punkt der Tagessitzung, nämlich die „Bestrafung der Schuldigen“, zur Befragung gelangten son.

In dieser Beziehung werden die Alliierten wahrscheinlich besonders eine Erklärung über den Stand der Leipziger Prozeesse von Deutschland verlangen. Jedenfalls hofft man in Kreisen der deutschen Delegation, Spaa nicht eher zu verlassen, bevor eine feste Grundlage für die von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen geschaffen ist. Die Aussicht der führenden Persönlichkeiten lässt sich in die Worte fassen: Nicht optimistisch, aber auch nicht hoffnungslos. Weiter betonte er die Notwendigkeit, zu einem Ergebnis zu gelangen, weil andernfalls der Zusammenbruch Europas mit Sicherheit zu erwarten sei und weit deshalb für Deutschland ein Herrnraum der Wirtschaftswelt einzehen würde, dessen Folgen nicht abzusehen wären und die leicht zu neuen kriegerischen Bewegungen führen könnten.

### Zur Deutschen Vortragssitzung

#### (Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Spaa, 5. Juli. Über die Brüsseler Vortragssitzung wird noch folgendes mitgeteilt: Eine endgültige Entscheidung über alle Fragen, die zur Verhandlung standen, wurde nicht getroffen, insbesondere ist dies der Fall bei der Entwicklungsfraze. Man will erst sämliche Berichte über Deutschlands innere Lage sorgfältig prüfen. Wie mitgeteilt wird, verzweigen diese Berichte zweckmäßig, dass die Lage in Deutschland schwierig sei und die Aufrechterhaltung der Ordnung das Halten einer gewissen Anzahl Truppen erfordert. Diese Bericht soll von englischer Seite gelommen sein. Außerdem will man, wie versichert wird, die endgültigen Daten über die bisher erfüllten Vertragsbedingungen abwarten und erneut. Nach der Unterredung, die Marshall hoch einer Gruppe belgischer Journalisten gewährt, ist folgendes mitgeteilt: Auf die Frage, ob man Deutschland bekannte Worte, sagte Hoch: „Wenn wir einig sind, ja, wenn wir nicht einig sind, nimmt uns Deutschland unser Hand. Sollen wir es hingeben. Ich hoffe nicht.“ Als ein Journalist fragte: „Und England?“, sagte der Marshall in gleicher brüslem Ton: „Ich habe nichts darüber zu sagen, ich bin nicht dazu beanstritten.“

### Abreise Dr. Heinzes

#### (Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 6. Juli. Nach dem „Berliner Tageblatt“ begibt sich der Reichsjustizminister Dr. Heinze heute abend oder morgen nach Spaa zu den Besprechungen über die Frage der sogenannten Kriegsverbrecher.

### Dr. Gehlers Ansichten

#### (Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 6. Juli. Der Reichswohminister Dr. Gehler reiste gestern abend kurz vor 10 Uhr mit dem fahrgemässen D-Zug nach Spaa. In seiner Begleitung befand sich der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, und der Adjunkt Dr. Gehler. In einer

kurzen Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ erklärte Reichswohminister Dr. Gehler, dass er erst am Nachmittag des gestrigen Tages vom Reichskanzler aus Spaa telefonisch aufgefordert wurde, sofort zu den Verhandlungen abzurücken. Nachdem er sich die im Laufe des gestrigen Abends eingeroffenen Nachrichten hätte mitteilen lassen, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, dass es endlich zu Besprechungen am gemeinsamen Tisch mit den Vertretern der Entente kommen werde. Besonders Wert legte er darauf, den Vertretern der Entente persönlich seine Gründe für die Beibehaltung der Wehrmacht in ihrer jetzigen Stärke zu unterbreiten. Wenn auch zu Optimismus keine Gründe vorlagen, so werde er doch nicht nachlassen, frei und offen seine Ansichten vorzutragen.

Berlin, 5. Juli. Die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Steuerbelastung, die die deutsche Regierung am 1. Juli der Friedenskonferenz übergeben hat, unterscheidet über die Entwicklung des Reichsteuers während des Krieges bis zum Abschluss der Reform des direkten Abgabensystems. Es werden nach den amtlichen Schätzungen aufgeführt in einem Beobachtungsstand, d. h. also in einer Lage, die als stetig bezeichnet wird, folgende Summen: Direkte Steuern 15 260 Millionen gegen 2 180 Millionen im Jahre 1919, indirekte Steuern 13 200 Millionen (1328 Millionen), Brutto 2500 Millionen (270 Millionen). Es halten sich also die direkten Steuern auf der einen und die indirekten Steuern mit den Höhen auf der anderen Seite etwa das Gleiche. Die Steuererlöse kommen soll erreicht werden, denn der Bedarf von Fleisch, Landwirtschaft und Gemeinden, der auf wenigstens 38 Milliarden veranschlagt ist, kann aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Feste. Die Erfordernis auf der Ausgabeseite sind steigend durchgeführt. Aber sie lassen sich bei einer Menge von Kosten nicht bewerkstelligen. So weisen vor allen Dingen die großen Betriebsunternehmen des Reichs, die Eisenbahnen und die Post, die höchsten Militärbandenbedarfe auf. Sie gehen bis zu 18 bzw. fast 18 Milliarden Mark. Der Bedarf des Reichs zeigt sich nach den großen Gruppen geordnet aus folgenden Ausgaben zusammen: für die Wehrmacht 12,4 Milliarden, für Bevölkerungs-, Ruhegehalts- und Rohstoffversorgung 3 Milliarden, für Pensionen, Militärrerenten, Haushaltseinwohnerversorgung 2,9 Milliarden, für Beibehaltung von Kriegsbeschädigten (Post, Arbeitsamt, Reichsministerium) 0,81 Milliarden, insgesamt also 23,8 Milliarden Mark. Hierzu tritt der Siedlungsbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6,4 Milliarden Mark berechnet wurde. Um diese Milliardenbeträge aufzuheben, erwies es sich als unumgänglich notwendig, dass Deutschland alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausschöpft. Es ergibt die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung eine Steuerlast von mindestens 538 R.

### Zur Auslieferung deutscher Materials

Berlin, 5. Juli. Berlinac meldet, dass die englische Regierung in Brüssel eine Note überreicht hat, in der sie vorschlägt, dass von Deutschland ausgelieferten Schiffe und das Eisenbahnmaterial nach dem heutigen Tagespreis gerechnet werden sollen und nicht nach dem Preis, der im Augenblick des Waffenstillstands maßgeblich gewesen sei. Berlinac meint, der vereinbarte Wert der Schiffe, die England erhalten habe, vergleichbar aber dem Wert des ausgelieferten Eisenbahnmaterials, das Frankreich zum größten Teil erhalten.

### (Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 6. Juli. Eine Meldung der „Nationalzeitung“ aus Spaa folge hat die erste Sitzung der Konferenz gestern vormittag 11 Uhr begonnen. Man nimmt an, dass die Konferenz fünf Tage dauern wird. In Kreisen der französischen Delegation werden die Aussichten eines Erfolges der Konferenz als sehr gering bezeichnet und betont, dass Frankreich unabdingbar an seinem Standpunkt in der Entwicklung- und Entschädigungsfrage festhalten werde. Einem weiteren Telegramm aus Spaa folge erklärt eine der englischen Delegation nahestehende Personlichkeit: Wenn es wahr ist, dass die deutschen Vertreter eine bestimmte Vorschläge machen wollen, so wäre dies ein schwerer Fehler. Alles erwartet nämlich die deutschen Vorschläge. Selbst die Erfahrung der Entschädigungssumme ist nur deshalb ausgeblieben, weil man erst die Deutschen hören wollte. Lloyd George ist ein Diplomat, stets zu Verhandlungen bereit und auch andere englische Delegierte hoffen, in den deutschen Vorschlägen die Verhandlungsbasis zu finden. Deutschland hätte jetzt die Gelegenheit, die Initiative zu ergreifen. Gibt es diese aus der Hand, dann beginnt es einen schweren diplomatischen Fehler. Glauben Sie mir, dass alle Verhandlungen über Deutschlands Entwicklung, die in den Brüsseler Akademiepalast stattfinden, nichts bedeuten werden.

### Zur Auslieferung deutscher Materials

Berlin, 5. Juli. Berlinac meldet, dass die englische Regierung in Brüssel ausgelieferten Schiffe und das Eisenbahnmaterial nach dem heutigen Tagespreis gerechnet werden sollen und nicht nach dem Preis, der im Augenblick des Waffenstillstands maßgeblich gewesen sei. Berlinac meint, der vereinbarte Wert der Schiffe, die England erhalten habe, vergleichbar aber dem Wert des ausgelieferten Eisenbahnmaterials, das Frankreich zum größten Teil erhalten.

### (Eigenes Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“)

Berlin, 6. Juli. Eine Meldung der „Nationalzeitung“ aus Spaa folge hat die erste Sitzung der Konferenz gestern vormittag 11 Uhr begonnen. Man nimmt an, dass die Konferenz fünf Tage dauern wird. In Kreisen der französischen Delegation werden die Aussichten eines Erfolges der Konferenz als sehr gering bezeichnet und betont, dass Frankreich unabdingbar an seinem Standpunkt in der Entwicklung- und Entschädigungsfrage festhalten werde. Einem weiteren Telegramm aus Spaa folge erklärt eine der englischen Delegation nahestehende Personlichkeit: Wenn es wahr ist, dass die deutschen Vertreter eine bestimmte Vorschläge machen wollen, so wäre dies ein schwerer Fehler. Alles erwartet nämlich die deutschen Vorschläge. Selbst die Erfahrung der Entschädigungssumme ist nur deshalb ausgeblieben, weil man erst die Deutschen hören wollte. Lloyd George ist ein Diplomat, stets zu Verhandlungen bereit und auch andere englische Delegierte hoffen, in den deutschen Vorschlägen die Verhandlungsbasis zu finden. Deutschland hätte jetzt die Gelegenheit, die Initiative zu ergreifen. Gibt es diese aus der Hand, dann beginnt es einen schweren diplomatischen Fehler. Glauben Sie mir, dass alle Verhandlungen über Deutschlands Entwicklung, die in den Brüsseler Akademiepalast stattfinden, nichts bedeuten werden.

### Nacht. Uebermorgen bin ich wieder in Berlin. Wie rasch die Zeit vergeht.

dort wollen wir wiederholen unter dem Palmendom — „Unsägliches Fräulein“, der Oberlehrer stand hinter ihr. „Ich suchte Sie die ganze Zeit. Ich hätte eine Frage —“ und tranken seligen Traum, und tranken seligen Traum —

„Ich weiß nicht, wie ich es sagen soll, ob Sie mich verstehen.“ „Aber, bitte, wie sprechen Sie nur!“ Sibyll wandte sich ihm zu.

Theres begann das Spiel von Schumanns „Mondnacht“.

Fräulein Matties, ich liebe Sie. Ich liebe Sie schon seit dem Tage, da ich zum ersten Male gesehen.“ Seine Worte überfliegen sich. „So, wie Sie sind, so liebe ich Sie. Ich weiß nicht, ob das Gefühl auf Gegenliebe beruht, sagen Sie mir, Sibyll. Meinen Sie meine Frau werden? Ich weiß ja, welch angekündigtes Glück kommt Ihnen in die Stelle, wo Sie Ihre Kunst so über alles lieben. Ich will ja auch nicht, dass Sie Ihr Heute schon enttägen. Ich will ja warten, bis Sie selbst kommen, umzuzwingen, und sagen: Herbert, ich will bei dir bleiben. — Bitte geben Sie mir keine Antwort. Heute abend will ich glücklich sein in dem Gedanken, dass Sie von meiner Liebe wissen.“

— und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus — „Sagen Sie es mir morgen früh. Ich möchte Sie so gern ein einiges Mal vor Ihrem Abgang allein sprechen.“

— flog durch die stillen Dämme —

„Oder ist es unbedeckt?“

„Nein, Herr Oberlehrer, morgen vormittag um elf Uhr befindet sich die Gemäldegalerie, wann ich Sie dort treffen.“

„Taufend!“ Herbert zog ihre Hand an die Lippen.

— als ob Sie nie nach Haus — — — Theres hatte neidet. Man sollte die Theres zwangsmässig entführen, scherzte Sibyll, ins Zimmer treten, „und an die Bühne bringen! Aber dann wäre einer furios! Nicht wahr, Herr Schneider.“

„Die Sibyll ist die reine Schönheit! Aber ich möchte mich keinen aufdringlichen Mann werden lassen, sonst ist der Schuhmuseum verloren. Ich kann Ihnen sagen, Herr Oberlehrer, die Schönheit! Meine Theres wollte sie mir auch schon aufdringlich machen.“

Herbert Wehner sah mit glücklichen Augen dabei.

„Na, die Sibyll, ich, du gefeiert!“ spottete Wehmeyer. Wehmeyer im stillen, ja, ja, ein paar Minutenlangen und ein Minutenlangen können aus dem Wüstest Oberlehrer einen herzlichen Liebhaber machen. Die Entwicklung dieser Dinge schien recht interessant zu werden. Schade, dass Sibyll morgen abend wieder nach Berlin fährt. Annemarie Wehner erlebte der ersten Liebe gelöste bei anderen zu gerne mit.

(Fortsetzung folgt.)

## Die sechs Matties

Roman von Ignaz Maria

(23. Fortsetzung.)

„Wart nur, da Frauenreiterin!“ Kurt drohte ihr lachend. „Klar du die almsungslose Theres aus! Ich sag es ja, diese selbständigen Frauen, die auf eigenen Füßen stehen.“ „Und wie sie stehen!“ unterbrach ihn Sibyll. „Einfach fabelhaft. Auf den Fußknöchen, ohne die geringste Wärmelidt zu verspielen.“

„Bitte, keine Unterbrechung — die auf eigenen Füßen stehen, haben kein Herrschaft!“

„Gott sei Dank! Wenn alle Frauen immer in gläubiger Erbahrung zu euch aufschauen, getreu dem Spruch: Es soll dein Herr sein noch nachher wird es ja langweilig auf der Welt. Denn bekanntlich steht euch ja nur das was nicht sofort beim ersten Antritt kaputt läuft.“

„Die Sibyll! Na, wart nur, bis dein Herr kommt!“ Theres lachte. „Ich sehe dich schon deine Theorie zum alten Gerümpel werfen, wenn die Brüder anfangen.“ Es ist das Dumme, dass man gegen die Liebe machlos ist! Das war es zu zärtlich Frau mit dem überschüssigen Gewicht.“

„Ich weiß nicht, ob die Liebe eines Mannes wie meinen Vater ersten Kontakt. Ja, wenn man keinen Vater hat ... Aber die Freiheit, die goldene Freiheit, ob man die einen Mann sposst?“

„Wenn man dich hört, Sibyll, meint man, du sprichst aus Erfahrung!“ Die alte Badstube mit drein durchgegangen.“

„Bitte — siebzehnundvierzigste Woche Wundersind eben der mittels ihres überaus stark entwickelten Verstandes ihren Jahren vorwärts. Wenn ich wirklich betrachte, dann muss es ein Mann sein, mit dem ich auch in der Ehe noch durchgehen kann! Der genau so fühlt wie ich.“

„Das führt in niedliche Antipathien! Mit dem eigenen Mann durchspielen! Sibyll, wurde Du jemals eine Frau, die überzeugt ist, dass sie besser ist als alle anderen zu Hause haben?“

blätter\*  
Zahnk  
phonj  
Rathaus  
dichteten  
et, daß  
en Ver-  
darauf,  
Selbst-  
scheinen  
er dass  
orgue

azimia-  
gierung  
et über  
um ih-  
noch der  
ab, d. h.  
zunamen;  
n Jahren  
lionen),  
also die  
mit den  
Diebst  
en Reich  
en ver-  
den als  
e. Die  
Über-  
en. Es  
Meldete  
fizite  
Wahl  
geordnet  
William  
S. Wil-  
und 22  
Meldete  
Wahlen  
berechnet  
sich als  
bis zur  
ang über  
Steuern

egierung  
dass die  
abnah-  
werben  
Waffen-  
vermischte  
aber  
rauendich

tung)  
ng" aus  
wornis-  
eng fünf  
Deler-  
der Frau  
reich un-  
Entschl  
am aus  
ende Per  
keine be-  
reiter Heile  
die Sch-  
ben, soll  
Diplomat  
Delegierte  
tchand-  
elegentelt  
aus brecht  
mit, daß  
in dem  
beden-

die Sitz  
—  
Ihr. „Ja  
en Traum  
leichen.“  
„Ich bin zu  
“  
Schon seit  
sste über  
weiss nicht,  
e, Schieß  
angetheilt  
les liebu  
ich will ja  
der Herbst  
will Herr  
on meine

—  
“  
o geen et  
te geendet  
ze Sibiri  
dann wäre

nicht. De-  
ist mit der  
mat, die  
machen.“  
te Kanz  
en und ein  
recht feuer-  
sieder nach  
e goldene  
na folgt.)

blätter\*  
Zahnk  
phonj  
Rathaus  
dichteten  
et, daß  
en Ver-  
darauf,  
Selbst-  
scheinen  
er dass  
orgue

azimia-  
gierung  
et über  
um ih-  
noch der  
ab, d. h.  
zunamen;  
n Jahren  
lionen),  
also die  
mit den  
Diebst  
en Reich  
en ver-  
den als  
e. Die  
Über-  
en. Es  
Meldete  
fizite  
Wahl  
geordnet  
William  
S. Wil-  
und 22  
Meldete  
Wahlen  
berechnet  
sich als  
bis zur  
ang über  
Steuern

egierung  
dass die  
abnah-  
werben  
Waffen-  
vermischte  
aber  
rauendich

tung)  
ng" aus  
wornis-  
eng fünf  
Deler-  
der Frau  
reich un-  
Entschl  
am aus  
ende Per  
keine be-  
reiter Heile  
die Sch-  
ben, soll  
Diplomat  
Delegierte  
tchand-  
elegentelt  
aus brecht  
mit, daß  
in dem  
beden-

die Sitz  
—  
Ihr. „Ja  
en Traum  
leichen.“  
„Ich bin zu  
“  
Schon seit  
sste über  
weiss nicht,  
e, Schieß  
angetheilt  
les liebu  
ich will ja  
der Herbst  
will Herr  
on meine

—  
“  
o geen et  
te geendet  
ze Sibiri  
dann wäre

nicht. De-  
ist mit der  
mat, die  
machen.“  
te Kanz  
en und ein  
recht feuer-  
sieder nach  
e goldene  
na folgt.)

ten. Das ganze Interess gilt dem Augenblick, in dem sich die deutschen Vertreter an den Tisch setzen werden, aber nicht nur, um zuzuhören, sondern auch um mitzusprechen. Wenn aber Deutschland keine Vorschläge machen will, wird die französische Presse wieder von einem Mangel an gutem Willen sprechen und ich muß gestehen, daß dies auch auf die englischen Delegierten keinen günstigen Eindruck machen wird."

#### Auslandsschreiben zur Verhandlung

**Paris.**, 5. Juli. **Perrinac** meldet, daß die englische Regierung in Brüssel eine Rolle übernehmen leise, in der sie vorschlägt, daß die vom Deutschland ansiedelten Schiffe und das Eisenbahnmaterial nach dem heutigen Tagesspiel gerichtet werden sollen und nicht nach dem Preis, der im Augenblick des Westenstillstandes maßgebend gewesen sei. Perrinac meint, der vermindernde Wert der Schiffe, die England erhalten habe, vergeschieden über den Wert der ausgesetzten Eisenbahnmaterien, das Frankreich am größten Teil erhalten.

**Amsterdam.**, 5. Juli. Der "Telegraaf" glaubt, daß die Alliierten in Spanien die deutschen Delegierten Gelegenheit zu einem Gedenktausch über die Entschädigungsfrage geben werden, um die Möglichkeit leichten Zusammenarbeits zu schaffen. Man möge einen Unterschied machen zwischen den Bedingungen, die dem Feind dienen müssen, und solchen, die die lokale Mitarbeit des Feindes im Friedensaufstand erfordern. Eine Mitarbeit des Feindes, die jedenfalls als unmöglich angesehen werden kann, könnte unmittelbar durch Wachtmittel erzwungen werden. Spanien könnte die Grundlage zu einer Annäherung zwischen den Feinden legen, einer Annäherung, die Europa dringend braucht und die auch für die Entwicklung des Balkanbundes notwendig ist.

#### Die oberschlesische Frage

**Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung".**

Berlin, 6. Juli. Nach einer Meldung der "Nationalzeitung" soll Spaà erläuterte der Vetter der polnischen Delegation, Außenminister Patel, einem Berichterstatter gegenüber auf die Frage nach dem Standpunkt der polnischen Regierung in der Oberschlesien- und Teschenerfrage: "Was Oberschlesien betrifft, so vertreten wir unbedingt den Standpunkt, daß die Bestimmung des Westfälischen Vertrages vollkommen durchgeführt werden müsse. Die Volksabstimmung muß und wird auch in sicherer Form zeigen, welches der Wunsch der oberschlesischen Bevölkerung ist. Wenn Deutschland behauptet, es kann ohne die oberschlesische Kohle seine Verpflichtungen nicht erfüllen, so können wir diese Meinung nicht teilen und werden auch den Gegenbeweis hierfür erbringen. Wieso denn? Deutschland befindet sich auch ohne oberschlesische Kohlen in weit günstigerer Lage als die meisten Entente-Staaten, woßt schon die Tatsache den Beweis erbringe, daß die deutsche Föderation zu steigen beginnt. Dies ist keine Unverschämtheit unschuldig, sondern wir wollen nur unser gutes Recht wahren."

#### Abstimmungskämpfe

**Altenstein.**, 6. Juli. In einem aus Altenstein kommenden Berichte vermutete man in Glücksburg einen Waffentransport für die Kampfschule der Polen. Man sah auf auf dem Auto eine Unmenge polnischer Flugblätter und andere Heftdrucke. Die aufgeriegelte Menschenmenge warf sämtliche Drucksachen auf einen Haufen und stießte ihn an. Am Abend desselben Tages waren Mitglieder des Glücksburger Heimatvereins mit Musik nach dem Bahnhofe, um die aus dem Reiche kommenden Stimmberechtigten zu empfangen. An der Nähe des Bahnhofs eröffnete eine Abteilung der polnischen Kampfschule ein Feuer auf die Deutschen, von denen vier verwundet wurden. Nachdringendes Vermutungen ist der polnische Oberstaat an der katholischen Kirch Elisenburg der Organisator des Überfalls.

**Altenstein.**, 6. Juli. Der Kampf um das Ostpreußische Abstimmungsgebiet hat mit Berlin der Woche vom 4. bis 11. Juli entscheidende Formen angenommen. Der Austritt der Abstimmungsberechtigten macht immer mehr. Nur Altenstein allein kommt mehr als 8000 auswärtige Wähler. Der Verlust geht sowohl im Abstimmungsgebiet als auch im übrigen Ostpreußen durch Sonderabstimmung statt von Statten. Die Organisation der Bevölkerung und Unterstutzung ist ausgezeichnet und wird zweifellos auch dem noch weiteren und verstärkten Aufspruch gerecht werden können.

#### Verkehr mit dem Memelgebiet

**Berlin.**, 6. Juli. In den letzten Tagen haben in Berlin zwischen der Reichsregierung und Vertretern des Memelgebietes Verhandlungen über eine vorläufige Regelung des gegenwärtigen verschärflichen Verkehrs fortgefunden, die zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt haben. Bereinigt unterliegt das Ergebnis der Nachprüfung seitens der zuständigen Stellen des Memelgebietes. Sobald eine endgültige Einigung erzielt worden ist, werden der Deutschen Reich bestätigen gegeben werden.

#### Beispielsnahme

**Berlin.**, 6. Juli. Der Reichsbauminister gibt bekannt, daß sämtliches Luftfahrtzeugenamt im Besitz von Behörden und Privaten, soweit es auf Grund des Artikels 202 des Friedensvertrages der Auslieferung unterliegt, mit Wirkung vom 24. Juli 1920 ab beschlagnahmt und jederzeit ist, den Festy derartigen Gerüchten der nächsten Zweigstelle der Reichsfliegereigefesthalt. Bis zum 15. August 1920 anzugeben. Außerordnungen werden mit Besänftigung bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 100.000 M. bestraft.

#### Das Urteil im Mordprozeß Blau

**Berlin.**, 6. Juli. In dem Mordprozeß Blau verurteilte das Gericht trotz seines Rückschlusses, Wimler zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von je acht Monaten der erlittenen Unterforschungshaft. Der Angeklagte Hirschmann wurde freigesprochen.

#### Gegen die Annexion Kameruns

**Berlin.**, 6. Juli. Die Deutsche Kolonialgesellschaft teilte folgendes Telegramm an den Reichskanzler, Zeitungenachrichten aufzunehmen und die französische Regierung eine einfache Annexion von Togo und Kamerun. Daß wir gegen Sinn und Vorlauf der Überbündesungen bestehen und einen offenen Bruch des Verfaßter Friedens bedeuten. Die Deutsche Kolonialgesellschaft erkennt gegen ein solches Vorgehen Kritisches Urteil und bittet Eure Erholung, bei den Verbündungen in Togo entschlossen gegen solche Absichten Frankreichs Stellung zu nehmen. — An den Reichstag wurde eine Petition eingebracht, in der dieser gebeten wird, auch seinerseits gegen Frankreichs kritische Stellung zu nehmen.

#### Neue Arbeiterentlassungen

**Mannheim.**, 6. Juli. Sämtliche Schuhfabriken der Republik und Rheinhessen stellten zum 6. Juli ihre Betriebe ein. In der Holzindustrie ist zum 6. Juli einzigen laufend Betrieben wegen Auftragsmangels gefährdet worden.

#### Das irische Parlament

**Amsterdam.**, 6. Juli. Wie das "Allgemeine Handelsblatt" aus London meldet, hat am Freitag abends das irische republikanische Parlament eine Sitzung abgehalten, an der etwa 60 Mitglieder teilnahmen. Das Parlament erließ ein Dekret, durch das zur Errichtung republikanischer Gerichtshöfe die Gewährleistung steht wird. Eine nationale Anleihe in Höhe von 250.000 Pfund mit 60.000 Pfund überdeckt werden.

#### Japans Rückzug aus Sibirien

**Rotterdam.**, 6. Juli. Nach einer Meldung aus Tokio wird bei amtlich bekanntgegeben, daß Japan beschlossen hat, seine

Truppen aus dem Balkan-Gebiet zurückzunehmen, da nicht länger die Notwendigkeit besteht, die Tschechoslowaken zu schützen. Die Lage in den östlichen Provinzen ist aber ernst mit Rücksicht auf die Bedrohung der Küstenstädte durch die Bolschewisten. Daraus will Japan die Garnisonen in Nikolajewsk und anderen Orten der südlichen Meereshäfen belassen, bis eine zufriedige Regelung für Ostasien aufgerichtet ist.

#### Die Erfolge der Bolschewisten

**Kopenhagen.**, 6. Juli. Einem Telegramm aus London zufolge haben die Pole die alliierte Konferenz in Brüssel um Hilfe gegen die Bolschewisten ersucht. Das Ergebnis der Pole wird jüngst von den militärischen Delegierten des Rates erwartet. Auf französische Seite besteht Sorge, daß die Unterstützung der Pole, um den Marsch der Bolschewisten durch Galizien zu verhindern, gestern abend waren in London Meldungen verbreitet, daß Lemberg von den Bolschewisten erobert worden sei.

Dagegenüber wird aus Warschau gemeldet, daß die polnische Armee, nachdem sie ihren Rückzug aus der Ukraine beendet und aus der Linie Lorguet-Bastus-Valka gemacht, eine neue Anzahl Gegenseitigkeiten auf verschiedenen Frontabschnitten begonnen habe mit dem Ziel, den Eisenbahnpunkt Mozyr in Polen zu erobern. Man möge einen Unterschied machen zwischen den Bedingungen, die dem Feind dienen müssen, und solchen, die die lokale Mitarbeit des Feindes im Friedensaufstand erfordern. Eine Mitarbeit des Feindes, die jedenfalls als unmöglich angesehen werden kann, könnte unmittelbar durch Wachtmittel erzwungen werden. Spanien könnte die Grundlage zu einer Annäherung zwischen den Feinden legen, einer Annäherung, die Europa dringend braucht und die auch für die Entwicklung des Balkanbundes notwendig ist.

#### Neue Verluste der tschechischen Nationalisten

**Somma.**, 6. Juli. Ein Bericht des griechischen Hauptquartiers meldet die Einnahme von Pandemra am Marasch. Die Streitkräfte Mutas Kemals wurden vollständig vernichtet.

**Somma.**, 6. Juli. Die griechische Armee siegte über Vormarsch am 30. Juni gegen Vasilissar fort. Der Feind ließte am linken Flügel bei Dares und bei Kas und Karaba hartnäckige Widerstand. Im Osten dagegen wurden die feindlichen Truppen umgedreht, Ionianen aber entkommen. Sie erlitten große Verluste. Um 1 Uhr mittags wurde die Stadt Vasilissar besetzt. Die Griechen eroberten 54 Kanonen, teils Belagerungswaffen der Seltschukler, teils Mörser, weiterhin sieben 20 Maschinengewehre und eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsgerät, sowie 200 Gefangene in ihre Hand. Die tschechischen Verbündeten verblieben auf ihrem Boden und verloren ihre Funktionen unter dem Kommando der griechischen Armee. Ein Offizier hat sich eine tödliche Abteilung ergeben. Die Haltung und Ausdehnung der griechischen Truppen ist sehr gut. Sie konnten innerhalb drei Tagen unter heftigen Kämpfen und in großer Sonneneinstrahlung die Strecke von N. bis S. erklommen.

#### Mag Klinger tot

**Nürnberg a. d. S.**, 6. Juli. Am Sonntag mittag ist auf jedem Sonnabend in Großjena a. d. U., wo er wie alljährlich seit Mai weilt, Geheimrat Professor Mag Klinger an einer Herzähnlichkeit im Alter von 63 Jahren erlegen. Sein Leben erfolgte völlig unerwartet ohne vorherige Erkrankung. Wegen Übersättigung der herzbösen Leidesträger ist noch nichts bestimmt.

#### Revolutionäre Vorgänge in der Tschechoslowakei

**Freiburg.**, 6. Juli. Die gesetzlichen Freiburger Abendblätter brachten die Mitteilung, daß in Galizien und Karpato in der Slowakei die Rätediktatur ausgetreten worden sei. Ein Großteil der zur Unterordnung des Auftruchs kommender Truppen schloß sich der bolschewistischen Bewegung an. Heute früh hat die Räte alle darauf bezüglichen Nachrichten unterdrückt.

#### Förderung der Ausschließung von Steinkohlen

Der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Ausschließung von Steinkohlen zugegangen. Es handelt sich dabei nicht um eine allgemeine Neuregelung der Rechtsverhältnisse an den Steinkohlen, eine Frage, die der späteren Bergrechtsreform vorbehalten bleiben muss, sondern nur um die vorläufige Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Ausbeutung gewisser Steinkohlenablagerungen von mehr örtlicher Bedeutung. Durch die Vergleichsresolution vom 18. Juni 1907 ist die eigenartige Rechtslage geschaffen, daß die Steinkohlen zwar dem Staat vorbehalten sind, daß theoretische Vorbehaltstrechte aber der Staatsverwaltung weder die Befugnis gibt, die Steinkohlen selbst abzuauen, noch die Befugnis, die Gewinnung an anderen Personen zu übertragen. Infolgedessen müssten bishero alle Bemühte um Gestaltung von Ausschließungsarbeiten abgelehnt werden. Dies ist Gegenstand zahlreicher Klagen geworden. Der Gesetzentwurf will im dringenden wirtschaftlichen Interesse zu den für den Staatsbergbau nicht in Betracht kommenden Bergstädten außerhalb der eigentlich Steinkohlenreviere den bisher rechtlich verstärkten Zugang öffnen. Die Befreiung ist so gestaltet, daß der Staat Eigentümer und der Unternehmer — Pächter der aufgelösten Bergwerke wird. Der Gesetzentwurf ist lediglich eine Übergangsmaßregel zur Befriedigung eines dringenden Bedürfnisses. Der in Aussicht stehende allgemeine Bergrechtsentwurf wird dadurch nicht vorgegriffen.

#### Milchföhre für Deutschland

Wiederholte konnte über das Werk großer amerikanischer Organisationen berichtet werden, die zur Förderung der deutschen Lebensmittel u. a. Sonderabgaben zu erheben; zugleich haben diese Gruppen das Elend der deutschen Kinder zu mindern beigetragen; aber die große Masse der Bevölkerung hat, mit Ausnahme Schweizer, seit Jahren kaum ein Glas Milch getrunken. Um nun eine wirklich allgemeine willsame Besserung der Milchwirtschaft würden auch die größten Sendungen von Buttermilk nicht ausreichen, ganz abgesehen davon, daß die Buttermilk auch dadurch nicht vervielfacht würde. Eine durchgreifende Hebung der deutschen Milchwirtschaft ist nur möglich durch Vermehrung und Aufzucht des deutschen Milchviehbestandes; ein Anlauf von Milchföhren aus eigenen Kräften ist aber Deutschland in nächster Zeit ganz unmöglich. Diese Geburtenzahlen folgten, haben sich Deutschen Amerikaner zusammengetragen und sich in einem Konsortium an alle amerikanischen Farmer deutschen Stammes gewandt, in dem es laut "König des Volkes" bestätigt.

Es ist eine Unmöglichkeit, durch den Kauf und die Anfuhr großer Massen amerikanischer Milchprodukte dauernd dem alten deutschen Vaterland in seiner schwierigen Not Hilfe zu bringen. Hilfe kann nur dadurch gebracht werden, daß wie die deutsche Milchwirtschaft wieder so leistungsfähig machen, daß sie imstande ist, die deutsche Kindertötung und das ganze deutsche Volk in genügender Umfang mit ihren Erzeugnissen zu versorgen. Amerika ist das einzige Land, von dem die Hilfe kommen kann. Wie essein kann, wenn die deutschen Viehzüchter gegen die großen Amerikaner bestehen. Unter Vieh erwähnen sich ohne weiteres das europäische und deutsche Milch. Und wie beiden insbesondere Transportes lohnt. In dieser Erkenntnis haben die Industriellen Amerikas den Stammes in Chicago, dem landwirtschaftlichen Hauptkonsort der Vereinigten Staaten, sich zusammengetragen und The American Patri-Cattle Company organisiert und damit alle Verwaltungsstellen für die Durchführung des großen Auftrags auf. So werden wir uns an alle deutsch-amerikanischen Farmer im Vulde und auf der Prarie, mit der heimischen Milch um Hilfe. Macht es auch zum Grund und zur Füllung, dem deutschen Volk in früheren Gefahr und allergrößter Not eine oder wenn möglich mehrere Kühe zu schenken.

Das geschehne Vieh wird von uns, wie wir im vollen Einverständnis mit der deutschen Regierung in Berlin arbeiten, zunächst innerhalb der einzelnen Bezirke in "Carlsbad" zusammengebracht und nach dem nächsten Sammelplatz verladen. Der Transport der Kühe über See erfolgt in besonders eingerichteten Schiffen.

Wenn dieses großartige Liebeswerk gelingt und — und daran ist noch dem bisher erlebten Hilfswerk der Deutschkameraner kaum zu zweifeln — darf die Deutschen vielleicht noch im Laufe dieses Jahres 100.000 Milchföhre erhalten, die für die Wiederaufbaukraft des deutschen Volkes gewiß wertvoller ist, als eine vielzählige, geldliche Anteile.

#### Den Deutschnationalen

schreiben die nationalistischen "Leipziger Neuesten Nachrichten" (Nr. 181) folgendes ins Stammbuch:

"Nach einer stürmischen Ansprache des Abgeordneten Dr. Hoffmann, die durch eine würdige Abrede des Reichstagsabgeordneten Lehnenbach abgeschlagen wurde, haben es die Herren von den deutschen Rechten nicht über sich bringen können, die Einheitsfront der deutschen Volkvertretung durch eine Unterstützung jener Erklärung zu verstören; sie haben sie vielmehr geschickt, indem sie sich der Stimme enthielten. Damit haben sie sich selbst ein beschämendes Rengnis politischer Unzulänglichkeit ausgeschlagen, wie es schlimmer kaum gedacht werden kann. Mag der Beweggrund dafür innerhalb in dem Gefühl einer gewissen Geläufigkeit bestanden haben, so ist doch damit seine Neuerung in dieser schroffen Form keinesfalls zu entschuldigen. Eine Partei, die insofern gern behauptet, daß sie über die Partei zu stellen, hätte auf keinen Fall, am allernächstigen in dieser ersten Schilderung, in dieser ersten Schilderung, da die Reichsvertreter der polnischen Armee sind, sich der vaterländischen Pflicht entziehen dürfen, dem Aufruhr zu sagen, daß sie gewillt ist, troch mancher Meinungsverschiedenheiten, sich dort in eine Reihe mit den Regierungsparteien zu stellen, wo es ums Ganze geht. Kein Wort ist sachlich genug, den Kleinstenheitsparteien zu gestatten, daß sie in diesem Verhalten der Deutschnationalen anstrebt, zu gehorchen. Als Wähler dieser Partei werden zweifellos schwer enttäuscht sein über das gesetzliche Verfolgen, und sie haben allen Grund, ihre Abgeordneten dafür sehrzeitig zur Ordnung zu rufen. Wenn eine solche Unzulänglichkeit im Verhältnis zu den Deutschnationalen entsteht, dann ist es kein Wunder, daß die Deutschnationalen schwer werden, diesen Flecken auf ihrem Schild rechts zu befeißen. Für eine Politik der getrennten Lebewurk hat das deutsche Volk in diesen schweren Schilderungen kein Verständnis."

#### Meldungen aus Sachsen

Dienstag den 6. Juli 1920

angestrebte Erbung und Sicherung ihres Standes gebracht haben, auf welche sie nach Vor- und Nachbildung, sowie nach ihrer Dienstfähigkeit Einpruch erheben kann und heute wiederum in aller Öffentlichkeit nachdrücklich erhebt. Die Versammelten fordern einstimmig die als baldigste rechtsfh. Durchführung folgender Mindestforderungen: Einreihung aller Amtsenten als Schreiber in Bevölkerungsgruppe 7, aller geprüften Schreiber als Obersekretäre in Gruppe 8, aller Obersekretäre als Inspektoren in Gruppe 9 und Schaffung von ausgleichenden Beförderungsmöglichkeiten für diese drei Stufen. Ferner die Einreichung der mittleren technischen Telegraphenbeamten in die Gruppen 6 und 7, sowie die Verleihung des Titels "Postmeister" an die Vorsteher der Postämter 3 und des Titels Oberpostmeister an die der Postämter 2, sowie Gewährung angemessener Beförderungsmöglichkeiten für die Beamtengruppen. Die Versammelten erklären weiter, daß die Wiederherstellung dieser berechtigten Forderungen zu Folgen unseres gesamten Wirtschaftslebens führen müßten, die im Interesse unseres Volkes und Vaterlandes von niemandem mehr als von ihnen selber verlangt würden. In diesem ihnen auferzwungenen Kampfe um ihre soziale und wirtschaftliche Stellung halten es die Versammelten für ihre Pflicht dem Volksgenossen gegenüber, die breite Öffentlichkeit und die maßgebenden Stellen auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

\* Der Dresdner Zoo unter Brandes. Am 1. Juli waren zehn Jahre vergangen, seit Professor Dr. Brandes an den Spiegeleien Zoo steht. Mit ihm ist zum ersten Male ein akademischer Fachmann — Brandes ist bekanntlich Professor der Zoologie an der kleinen tierärztlichen Hochschule — zum Leiter des Gartens berufen worden. Der neue Direktor griff gleich nach seinem Amtsantritt energetisch zu, gestaltete äußerlich mit Geschick und vorwollähnlichkeit den Tierpark, daß es eine Freude war. Beider Zeitschrift der Krieg viel von dem, was mit großer Liebe und Sorgfalt aufgebaut war. Dennoch interessieren seine Neuerrichtungen auch heute noch. Das Aquarium ist in seiner Vollständigkeit, wenn auch knappen Darstellungsweise und in der guten Qualität des angesetzten Materials eine Schönwürdigkeit. Ebenso das Insektarium, das im Sommerhalbjahr schon manchen erfolgreichen Besuch gezielt hat. Reizliche Laufbahnen für die großen Rägen (oberhalb des Seelbentwurfs), die zudem aus nächster Nähe betrachtet werden können, deinen den Löwen und Tigris zu Spaziergängen und wir sagen lassen, daß diese Garantie der Schönheit dieser Tiere außerordentlich zuträglich ist. Auch in anderer Beziehung, soweit das möglich war, sind von Professor Brandes erstmalig in Dresden Verluste gemacht worden, die Schönheit der Tiere zu erhalten. Er lädt sie "Gymnastik" treiben, d. h. sie so beschäftigen, daß ihre Muskulatur gut durchgearbeitet wird. Dazu wurde ihm ein sehr geschickter Helfer in dem Elefantennärrer Tüller, der jetzt seine Tätigkeit im Zoo wieder aufgenommen hat. Die auf diese Art entstandenen Vorstellungen haben sich einer immer wachsenden Beliebtheit erfreut. Freilich tun die Robben für die es an Nahrung fehlt, heute nicht mehr mit. Alles in allem hat der verdienstvolle Leiter mit seinem Brinsly, nicht nur Aufzuchtmaterial zu bieten, sondern trennt sich eine große Zahl Freunde erworben, und man sieht es oft, daß er von völlig Fremden angestrichen in liebenwürdigster Weise den Kühnheit macht. Die den Vorzug genossen, sich von ihm führen zu lassen, werden diesen anregenden Rundgang nicht verzögern. Ein großes Verdienst des Herrn Prof. Brandes ist es schließlich, daß es ihm gelungen ist, trotz aller (geradezu katastrophalen) Schwierigkeiten große Räden im Tierbestand zu vermeiden. Andere Güten haben in derzeit welt weit eingeschlagen als unser Dresdner Zoo und — die Robben sind bald wieder zu erwarten. Möge es diesem Idealisten und Mann der Tat verdankt sein, seine nächsten Pläne, an denen er bereits arbeitet, bald zu verwirklichen. Die Dresdner werden sein Unternehmen nicht im Stiche lassen. Ad.

\* Ein außerordentlich deutscher Meiterstag trat am 3. Juli in Dresden in der Gastwirtschaft "Zum Johannishof" zusammen. Vereint am Sonnabend hatte eine meiständige Vorstandssitzung stattgefunden, in der die vorliegende Tagesschauung durchgeführt wurde. Die Tagung selbst wurde vom Bundesvorstand Herrmann Dresden mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, worauf dieser über die Tagung in Bamberg berichtete, auf der die Gründung des Bundes deutscher Meitervereine vollzogen wurde. Darauf schloß sich

Am 1. Juli verschied in Leitmeritz unser hochgeehrtes Ehrenmitglied, Herr

## Prof. Dr. Otto Willmann

Eine Leuchte der Wissenschaft ist mit ihm erloschen, deren Strahlen weit über Deutschland hinausgedrungen sind. Dem hochverdienten Bannerträger des Idealismus, dem erfolgreichen Verteidiger christlicher Erziehungs-wissenschaft rufen wir in dankbarer Erinnerung ein herzliches Habe Dank in die Ewigkeit nach.

1363 Der kathol. Lehrerverein zu Dresden.

**Gemeindenabend Dresden-Friedrichstadt**  
Donnerstag 8. Juli, abends 8 Uhr  
im Mittelsaal des Neglerheims, Friedrichstraße  
1. Religiöser Vortrag, Hochw. Hr. Miss. P. Hardt.  
2. Gesangsvorträge.  
Um zahlreichen Besuch bitten  
Der Kirchenchor "Cælia", Dresden-Friedrichstadt

**Tymians Thalia-Theater** Anfang 1/2 Uhr  
Täglich der Riesen-Schlager: „Dresden hat Fitz“ 70  
Sonntags 2 Vorstellungen: 1/2 und 1/2 Uhr



Größtes Möbeltransportgeschäft am Platz — Stets preisgünstige Rückladegelegenheiten nach und von allen Plätzen  
Insbesondere: Aachen, Berlin, Breslau, Chemnitz, Danzig, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt, Görlitz, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, Magdeburg, München, Plauen, Posen, Stettin, Stuttgart, Zittau, Zwickau.  
Für Stadtmüll ebenso mäßigste Preisstellung

eine Aussprache über die rechtsgerichtliche Regelung der Höchstzinsen, sowie über die Sozialisierung des Boden- und Wohnungswesens. Die Versammlung forderte, daß diese Frage von der Sozialisierungskommission eingehend erörtert werden sollte. Auch der Bürger mit Glämmern in den Hotels und Pensionen wurde besprochen. In einer Entschließung forderte die Versammlung, daß auch die Zimmerpreise vom Wohnungsmarkt genehmigt werden sollten. Außerdem beschäftigte sich die Tagung noch mit der Frage eines Normalmietvertrages und mit verschiedenen anderen Angelegenheiten.

### Gründung einer sächsischen Bundesgruppe des deutschen Gewerkschaftsbundes

Eine sächsische Bundesgruppe vom Deutschen Gewerkschaftsbund wurde gestern vormittag in einer im Saal des Vereinshauses in der Antonistraße stattfindenden Versammlung gegründet, die vom Deutschen Nationalen Handlungsgesellenkomitee, vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, vom Verband der weiblichen Bureau- und Handlungsgesellen, vom Sächsischen Eisenbahnerverband, vom Deutschen Bankbeamtenverein, vom Reichsverband deutscher Betriebsräte, vom Deutschen Techniker-Verband, vom Deutschen Werkmeisterbund und vom Reichsverband Deutscher Bureauangestellten einberufen worden war. Nach einer begütigenden Ansprache des Herrn Gewerkschaftsobmanns Voigt sprach der Verbandsvorsitzende Herr Predeborn in Berlin über die deutsche Arbeitnehmerbewegung am Scheideweg. Hieran schloß sich ein zweites Referat des Herrn Stadtverordneten Voigt. Darauf über die Notwendigkeit einer sächsischen Landesgruppe vom Deutschen Gewerkschaftsbund. In der Aussprache boten die Herren Stadtverordneten Bachmann und Vollhammer-Vorstand der Befreiung der Regierung einer sächsischen Bundesgruppe, worauf sich die Versammlung einstimmig hierfür aussprach. Darauf schlossen sich die Befehle für den Vorstand mit Herrn Stadtverordneten Gewerkschaftsleiter Voigt an den Spiegeleien. Das Sekretariat soll am 1. August dieses Jahres in Dresden-Reudnitz, Antonistraße 25, eröffnet werden. Nach einer weiteren kurzen Aussprache wurden fünf Entschließungen angenommen, die sich u. a. gegen den Terror an den Arbeitsplätzen und für die durch die Reichsversetzung und das Betriebsrätegesetz geschaffene Koalitionsfreiheit aussprachen. Weitere wurde der Beitritt zum Deutschen Gewerkschaftsbund, ein Ausbau der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge und eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise gefordert und gegen den Steuerabzug von Lohn protestiert.

### Raubüberfall

Ein vermögender Kaufmann kam am Sonnabendmittag in der 1. Etage in der Vorstadt 9b an, in unmittelbarer Nachbarschaft der dortigen Sicherheitspolizei-Brigade, des Kriminalpostens und des Wohlbehaltspolizei-Bezirkes zur Ausführung. Zu der politischen Darstellung wird von anderer Seite noch folgendes ergänzend berichtet: Die beiden Männer waren in der Tharandter Straße 13 in das Kontor der Brauerei von Döring eingetreten und hatten angegeben, sie wollten für die Kreisgruppe Berlin einsammeln. Möglicherweise fragen die Verbrecher mit vorgehaltenen Revolvern und Handgranaten, ob ein Geldkoffer vorhanden sei. Als dies bejaht wurde, rannten sie kleine sofortige Detonation und stießen die darin aufbewahrten etwa 20.000 M. Papiergeld ein, um sofort zu verschwinden. Die Festnahme der Männer konnte bisher noch nicht erfolgen. Die beiden Männer werden von der Polizei folgendermaßen beschrieben: Der eine ist 21 bis 28 Jahre alt, 165 bis 170 Centimeter groß, schlank, bartlos (unbedeckt) oder auch Anflug von Schnurrbart, mit dunkelbraunem Haarkranz und vermutlich weißem Filzhut bekleidet; außerdem trug er eine schwarze Manteljacke. Der zweite ist etwa 22—24 Jahre alt, 155—160 Centimeter groß und schwächtlich gewesen; er hat gut erhaltenen grauen Militärmäntel, auf dem Schulterklappen verdeckt ein rotes Abzeichen und Militärmütze mit rotem Band und Rosette getragen. Der Geschädigte hat die Aufführung des Raubes 2000 M. Belohnung ausgelobt, gleichfalls, ob die gesuchte Summe von etwa 2000 M. wiedererlangt wird oder nicht. Sachdienstliche Mitteilungen erblieb der Kriminalpolizei Berlin, Tharandter Str. 5.

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Dresden-Johannstadt. Am 1. Juli 1920 starb unerwartet der Oberinspektor der Lebensversicherungssellschaft "Germania" zu

## Zentrum (Christliche Volkspartei) Ortsgruppe Dresden

Mittwoch, den 7. Juli, abends Punkt 8 Uhr,  
im kathol. Gesellenhaus, Küpperstraße 4:

## Zentrums-Versammlung

Redner:

Herr Rechtsanwalt Dr. Hille:  
"Rückblick auf die Reichstagswahlen"

Herr Chefredakteur Heblein:

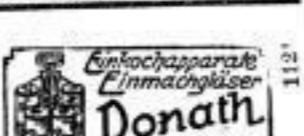
"Die politische Lage"

Danach Aussprache.

Eingeschalten sind herzlich alle Zentrumsanhänger, Männer und Frauen. Zentrumsmitglieder, bringt viele Freunde und Bekannte mit.

Der Vorstand.

Volkssverein d. d. D. Drogen  
Donnerstag den 8. Juli, abends 8 Uhr  
im Gesellenh. Mitgliedervers.



alter italienischer und deutscher Meister zu kaufen gesucht.  
Hochmäßiges Gutachten wird erteilt. Kunstuwerstätte f. Geigen  
herrn u. Reparatur Sandherr,  
Dresden-B., Grünestraße 9.



Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
Direkt nur an Wiederverkauf.  
Schramberger Uhreden-Fabrik, G. m. b. H.,  
Schramberg, Württ.

Metallbetten, 1925  
Stahlrahmenmatratzen, Kinderbetten,  
Polster an jedermann. Katalog  
frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Stettin, Herr Albin Sudow, ein in katholischen Kreisen Dresden und in vielen Gemeinschaften des Landes wohlgesieelter Mann. Als Knabe war er Anfang der 70er Jahre Mitglied des Königl. Kapell-Knabeninstituts. Am Leben der Pfarrgemeinde Dresden-Johannstadt nahm er seit den ältesten Jahren Anteil. In der Missionsvereinigung hatte er noch den meisten Vorträgen beteiligt. Vielem war er ein heller Wohlhaber. Katholische Vereine zählten ihn zu ihrem Mitglied. Lange Jahre war er im Vorstand des Sammelverbundes. Sehr besonders traut ihm der "K. K. Columbus" nach, dessen er immer mit soviel Geschick und Eifer vorbereitet und ausgestattet. Mit gutem Lust und einer brauchbaren Stimme bezog sich ihn auch der Männergesangverein "Dresdner Liederfest". Sein Leben war überhaupt besonders der Freude anderer gewidmet. Das hat ihn Gott zu sich berufen, nachdem der Vorstand noch in die letzten Lebenswochen sich Werken der Freundschaft beim Jubiläum einer seiner Freunde in Chemnitz gewidmet, sich aber auf die Heimreise in der Missionwoche wohl vorbereitet hatte. Montag, den 5. Juli nachmittags 3 Uhr wurden die sterblichen Überreste des Verstorbenen unter den weinenden Grableibern seiner Sangefreunde und unter Teilnahme zahlreicher Freunde nach einer die Verdienste des Dahingefledeten ehrenden Rede des Herrn Pfarrers Bodenbauer neben den seiner ihm im Tode vorangegangenen Gatten auf den davor liegenden Friedhof gelegt. Albin Sudow gehört zu jenen Personen des Dienstes, deren Geschichte das katholische Deutschland in Dresden nie vergessen möchte.

S Dresden-Cotta. Am 4. Juli nachmittags fanden in der "Krone" 18 Jünglinge ein, welche den Cottauer Junglingverein neu begründeten. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Herr Quäiser aus Leutewitz.

S Bauna, Volksverein. Zu der am nächsten Sonntag stattfindenden Versammlung (siehe Anzeige) ist das Erscheinen aller Mitglieder sehr erwünscht.

S Wien, 4. Juli. Am 28. Juni feierte in Wien Herr Oskar Künzel mit seiner Gemahlin geb. Syrenegger bei der goldenen Hochzeit. Von den 45 Jahren seiner Ehezeit hat der Jubilar 30 Jahre an der Katholischen Volksschule am Wiener geworben. Sein treuer Lebensgefährte hat 31 Jahre den Handarbeitsunterricht für Mädchen an der selben Schule erfüllt. Der Jubilar ist weit über den engen Kreis der Stadt hinaus bekannt durch seine Tätigkeit als Biedermeyer in zahlreichen Gesangvereinen und besonders im Allgemeingedenkbund. Am Vorabend des Jubiläums erhielt der "Allgemeine Kirchenchor" und der "Männergesangverein Wien" das Jubiläum durch ein Ständchen. Am Morgen des 28. Juni fand die feierliche Einlegung unter reger Anteilnahme der ganzen Gemeinde statt. Die katholische Gemeinde verließ die Kirche und verließ durch Auszeichnung der Kirchenplätze und durch Ueberreichung von Blumen und werbollen Ehrengegenen. Gabriele Ehrenungen von Katholiken, von Freunden, Bekannten und Verwandten, von vielen der maligen Schülern und Schülerinnen wurden dem Jubelpaar zum Glück vorlieb gebracht. Ein weiterer Ehrenton fand und froh im Kreise der Kinder, Eheleute und Verwandten. Am Abende des Festtages erhielt auch noch der "Wiener Lehrergesangverein" seinen ersten Vorsitzenden durch den Gelingen herlicher Höhe und Qualität. Der wohlschmeißende Verlauf des Tages ihres 50. Jubiläums wird den Jubelanten eine bleibende Erinnerung für ihren seuren Lebensweg bringen. Gottes Segen hat das Jubelpaar von Anfang an begleitet. Wir danken Gott für das Glück, das ihm sein

### Sport

#### Voraussagen

Torquatum, 7. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr. 1. Elf. Galiz. 2. Kellerviertl, Altfas.; 3. Ballon, Hödel; 4. Horletz, Eisfeld; 5. Tini, Tivoli; 6. Gassleiter, Haselbrunn; 7. Labillais, Tolmer.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur: Paul Hebelein; für den Inseraten Teil: Peter Schröder. — Druck und Verlag der "Sagitta-Uhndruckerei G. m. b. H." zu Dinkelsbühl.